
Frankreich

Gilbert Merlio

Im Jahre 1814 schrieb Claude Henry de Rouvroy, Graf von Saint-Simon: „Mit der europäischen Regierung hat es genau dieselbe Bewandnis wie mit den nationalen Regierungen: Handeln kann man nicht ohne einen allen Mitgliedern gemeinsamen Willen. Nun kann dieser Gemeinwille, der in einer nationalen Regierung dem nationalen Patriotismus entspringt, in der europäischen Regierung nur aus einer großzügigeren Weitsicht entstehen, aus einem europäischen Gefühl, das man den europäischen Patriotismus nennen kann.“¹

Auch Ernest Renan, dessen französisches Nationsverständnis man so gerne dem deutschen entgegenhält, insistiert auf dem Gemeinwillen. Das „tägliche Plebiszit“, auf dem die Nation beruht, ist nicht als ein individueller, formal-juristischer Akt der Zugehörigkeit zu verstehen, sondern es schließt auch das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Tradition und „den Willen zum Zusammenleben“ für die Zukunft ein: „Eine Nation ist der gemeinschaftliche Besitz eines uralten Friedhofs und der Wille, dieses ungeteilte Erbe zur Geltung zu bringen.“ Man könnte glauben, Maurice Barrès zu hören!

Nun stellen die Meinungsumfragen seit etwa 15 Jahren im europäischen Durchschnitt eine Abnahme des „europäischen Gefühls“ fest. Von 1991 bis heute ist der Prozentsatz derer, die das europäische Einigungswerk bejahen, von 72 % auf etwa 50 % zurückgegangen. Zugunsten Europas herrscht nur noch ein „weicher Konsens“, die Zahl derer, die einen Abbau Europas bedauern würden, ist ebenfalls be-

trächtlich zurückgegangen. Besonders seit den Maastrichter Verträgen 1991, in denen die Regierungschefs der EU die Währungsunion beschlossen haben, wird allerorts das „demokratische Defizit“ der Europäischen Union bemängelt.² Europa droht, als reine Angelegenheit der technokratischen Eliten abgestempelt zu werden. Der vielbeschworene Euroskeptizismus greift weiter um sich. Seit der jüngsten Erweiterung der Union 2004 um zehn neue Mitgliedsstaaten scheint der Prozess einer europäischen Identitätsfindung noch schwieriger geworden zu sein.

1. Frankreichs Identität

Das oben gezeigte europäische Stimmungsbarometer muss jedoch im Hinblick auf die Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten modifiziert werden. Unsere Frage ist: Wie ist es in Frankreich? Welches sind die Charakteristika der französischen Identität?

Frankreich ist zunächst eine alte Nation, deren Identität sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet und gefestigt hat. Die französische Identität setzt sich *traditionell* aus mehreren Identitäten oder Übereinstimmungen zusammen, die in dieser Form und in diesem Grad in keinem anderen europäischen Land zu finden sind. Wir sprechen von der Identität von Nation und Staat, der Identität von Staatsnation und Territorium, der Identität von Staats- und Kulturnation.

Weitere strukturelle Identitätsmerkmale Frankreichs sind:

- der *Jakobinismus* bzw. der *Zentralismus*, der das Denken der meisten Franzosen prägt;
- der *Colbertismus*, das heißt der feste Glaube, dass der Staat nicht nur selbst als größter Wirtschaftsunternehmer fungiert, sondern auch direkt in die Wirtschaft ein-

zugreifen hat, um auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet Gleichheit und Gerechtigkeit herzustellen – eine Wirtschaftstheorie, die auch als *Planifikation* bezeichnet wird. Das mag erklären, warum die Franzosen – nicht nur im linken Parteienspektrum – manchmal wider jegliche wirtschaftliche Vernunft immer wieder bereit gewesen sind, große Unternehmen, die man als lebenswichtig für die Nation ansah, zu verstaatlichen. Der Durchschnittsfranzose hat größte Mühe sich vorzustellen, dass der öffentliche Dienst auch von privaten Firmen gewährleistet werden kann. Damit verbunden ist das starke Verlangen der französischen Mentalität nach Gleichheit, also der *Egalitarismus*. Als Beispiel sei genannt die stark zentralisierte, anonyme Form der Staatsexamina, etwa das Abitur (*baccalauréat*) und die Aufnahmeprüfungen in den Hochschulen (*Polytechnique*, *ENA* u. a.), an denen unsere Eliten ausgebildet werden. Die Kehrseite dieser Haltung ist ein starker Individualismus – aus dem sich eine paradoxe gespaltene Haltung zum Staat ergibt. Von ihm erwarten die Franzosen sehr viel. Er wird immer wieder als Schiedsrichter in den Tarifverhandlungen herangezogen, was der Kompromissbereitschaft, die an der Basis und vor Ort zu finden ist, entgegenwirkt. Auf der anderen Seite aber wird dem Staat bei Schwierigkeiten oder Krisen immer wieder der Schwarze Peter zugeschoben, wenn man ihn nicht gar als fremde, korrupte Institution betrachtet.

- Der *Laizismus* (die *laïcité*) kennzeichnet seit mehr als einem Jahrhundert die politische Kultur Frankreichs; er wurde 1905 durch die Gesetze über die Trennung von Kirche und Staat verwirklicht, doch war er schon eine Forderung der Französischen Revolution. Heutzutage hat sich – nicht zuletzt wegen der Haltung der katholischen Kirche einerseits und auch wegen der Verbreitung des Islams – die Wahrnehmung des Laizismus ge-

wandelt. Dieser war traditionell betont antiklerikal, das heißt antikatholisch eingestellt; heute nun wird er eher dazu benutzt, um die islamische Proselytenmacherei abzuwehren und um die religiöse Neutralität und die Toleranz zu garantieren. Es ist nicht zu übersehen: Immer mehr Franzosen, unter ihnen vor allem Nichtgläubige, schicken ihre Kinder in die staatlich subventionierten katholischen Schulen, weil in diesen Ausbildung und Erziehung besser sind als im öffentlichen Schulsystem. Es ist nicht zu übersehen: Während die Spannung in den Beziehungen zu den Moslems (etwa in der Frage des islamischen Kopftuchs u. a.) wächst, entspannt sich das Verhältnis zum „christlichen“ Lager deutlich.

- Ein weiteres Identitätsmerkmal, der den Bereich der Außenpolitik betrifft, lässt sich mit Charles de Gaulle beschreiben als „une certaine idée de la France“, d. h. *die Idee der „Grande Nation“*, die zur Zeit der Französischen Revolution entstanden ist. Gemeint ist damit die Vorstellung, dass Frankreich als Land der Menschenrechte eine besondere Rolle in der Welt zu spielen hat. Diese Selbstproklamation zum *Land der Menschenrechte* wurde und wird öfters zugunsten eines machtpolitischen und wirtschaftlichen Kalküls instrumentalisiert. Für andere mag dieser Anspruch sehr irritierend sein; von ihm her erklärt sich die vielfach und zu Recht beklagte französische Arroganz. Dieser Anspruch hat allerdings auch positive Seiten, denn er hat für Frankreich auch eine Bindewirkung. Er bewegt es manchmal zu richtigen Schritten und ermutigt es, seine Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu behaupten. Frankreich ist sich jetzt, wie ich glaube, wohl bewusst, dass es – trotz seiner Atombombe (die Franzosen nennen sie spöttisch *la bombinette*) – keine Weltmacht mehr ist. Das heißt, es ist auf andere angewiesen, und doch will es auf der anderen Seite auf seinen mehr oder weni-

ger real existierenden Einfluss in der Welt, der zum Teil noch aus seiner Rolle als Kolonialmacht resultiert, nicht verzichten.

- Die Kehrseite dieses Sendungsbewusstseins ist das in Frankreich sehr verbreitete und immer wieder in der Öffentlichkeit – zum Beispiel in den Leitartikeln der Presse – artikulierte *Gefühl einer französischen Dekadenz*. Dieses Gefühl kann Frankreich nur dazu bewegen, sich an seine Identität zu klammern.

In ihrer Summe scheinen die genannten Elemente geeignet zu sein, um aus der französischen Identität eine in sich gekehrte, abgekapselte Identität zu machen, die kaum geeignet ist, sich mit einer anderen, ihr übergestülpten Identität zu verbinden. Nun sind aber diese traditionellen Komponenten der französischen Identität – auch wenn sie weiterhin wirksam sind – geschwächt worden durch die europäische Einigung, durch die Globalisierung, durch die Privatisierung der Staatsunternehmen, durch die Regionalisierung und die Einwanderungen. Die jakobinisch-universalistische Identität Frankreichs wird immer mehr durch den Multikulturalismus und den Kommunitarismus (den sogenannten kulturellen Differentialismus) durchkreuzt.³ Zu dieser Lockerung der französischen Identität mag die geopolitische Lage Frankreichs an der Westküste des europäischen Kontinents beitragen, die aus diesem Land einen Durchgangsort und einen Kreuzungspunkt zwischen Nord und Süd, Ost und West, später eine Kolonialmacht gemacht hat, die schließlich zu einem großen Einwanderungsland wurde.

2. Frankreichs Einstellung zur Europäischen Einigung

Die Öffnung zum Meer und zur Welt hin ist eine wichtige Bedingung, aber kein zureichender Grund, um Frankreichs Hinwendung zur europäischen Identität zu erklären. Man kennt die Gründe, die in den Augen der europäischen Völker die europäische Einigung als wünschenswert, ja als lebenswichtig haben erscheinen lassen, Gründe, die auch Bestandteile der europäischen Identität sind. Hierzu zählen:

- a) Die Pazifizierung Europas.
- b) Die Bildung eines wirtschaftlichen Großraums, um der wirtschaftlichen Herausforderung der USA (der angelsächsischen Welt überhaupt) und der anderen Großmächte im Zuge einer schon länger wirksamen Globalisierung gewachsen zu sein.
- c) Die kulturelle und sozialpolitische Gemeinsamkeit, die nicht nur aus unseren gemeinsamen griechisch-römischen, jüdisch-christlichen und zum Teil auch islamischen Wurzeln, sondern auch aus den dadurch bedingten ähnlichen sozialen Strukturen resultiert. Hartmut Kaelble hat sie einmal aufgezählt und beschrieben. Er nennt die gleiche Familienstruktur, den Vorrang der Industrie mit Ausrichtung auf den Export, die gleiche soziale Schichtung (Bürgertum, Arbeiterbewegung), ähnliche Bedingungen der Urbanisierung, den Fürsorgestaat u. a. Und es ist dieselbe europäische Kunst, die in allen unseren Museen bewundert wird.⁴

Seit dem 19. Jahrhundert spricht man aus diesem Grund auch von der *Einigung Europas*. Zu erinnern wäre hier an die Bemühungen von Aristide Briand und Richard Kalergi-Coudenhove⁵ in der Zwischenkriegszeit. Die Lage änderte sich radikal nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Eisernen Vorhang. Die kommunistische Herausforde-

rung schweißte Westeuropa zusammen. Für Frankreich war der damals einsetzende Einigungsprozess ein Mittel, Deutschlands Macht einzubinden. Charles de Gaulle wollte aber nur von einem *Europa der Vaterländer*, das heißt von einem Staatenbund, nicht von einem supranationalen, integrierten föderativen Europa sprechen. Sein späterer Nachfolger, Jacques Chirac, zeigt, dass die Neogaulisten eine andere Position bezogen hatten. Schon Georges Pompidou, der direkte Nachfolger de Gaulles, ist es gewesen, der den Beitritt Großbritanniens, dem sich der General stets verweigert hatte, befürwortete. Das deutsch-französische „Paar“ hat bei jeder Etappe der Festigung und Erweiterung Europas eine entscheidende Rolle gespielt, nicht zuletzt wegen der – manchmal politisch paradox erscheinenden – persönlichen Freundschaften, die jeweils zwischen dem französischen Staatspräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler (Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, François Mitterrand und Helmut Kohl sowie Jacques Chirac und Gerhard Schröder) entstanden ist. Die Achse Paris–Bonn bzw. Paris–Berlin ist zweifelsohne ein Motor des europäischen Einigungswerks gewesen – trotz vieler Defizite in der Zusammenarbeit beider Staaten und der Befürchtungen und Widerstände, die die französisch-deutsche Partnerschaft bei anderen verursacht hat.

3. Aktuelles Fazit

In Frankreich wie in den anderen Teilen des „alten Europa“ wohnt man einem Prozess der wachsenden Enttäuschung und Gleichgültigkeit gegenüber Europa bei. Die Wahlbeteiligung bei den letzten europäischen Wahlen im Juni 2004 ist trotz der vorgenommenen Änderung des Wahlmodus (regionale Wahlkreise statt nationaler Listen, damit die Ab-

geordneten den Wählern näher stehen) sehr niedrig geblieben (mehr als 57 % Stimmenthaltungen).

Für die Franzosen bleiben die europäischen Wahlen zweitrangig, oder sie werden von den Parteien zu innenpolitischen, parteilichen Zwecken instrumentalisiert. Wenn man vom Präsidenten der kleinen christlich-demokratischen Partei UDF (Union pour la Démocratie Française), François Bayrou, absieht, zögern die Spitzenpolitiker, bei diesen Wahlen selbst zu kandidieren, weil sie eine Wahlschlappe befürchten und weil sie ohnehin machtpolitisch Paris Straßburg vorziehen. Die Ablenkung der Wahlkampagne auf innenpolitische Themen kommt dem Interesse der linken wie der rechten Parteien entgegen, die auf diese Weise ihre eigene Gespaltenheit in der europäischen Frage verschleiern können.

In Frankreich wie in den anderen europäischen Ländern kann man hinsichtlich der Einstellung zu Europa vier Lager unterscheiden: An beiden extremen Polen stehen die entschiedenen Anhänger oder die entschiedenen Gegner (sogenannte *Souveränisten*) der europäischen Integration, die, die etwas weniger als ein Viertel ausmachen. In der Mitte stehen die distanzierten *Vernunfteuropäer*, das heißt diejenigen, die die Einigung und Erweiterung in Ermangelung einer Alternative weiter bejahen. Hinzu kommt das in den letzten Jahren bzw. im letzten Jahrzehnt stark angewachsene Lager der *Gleichgültigen*, die sich an den Wahlen nicht beteiligen.

Das Referendum über Maastricht im Jahre 1992 hat endlich eine echte europäische Debatte ausgelöst. Wegen der im Vertragswerk verlangten Souveränitätsabtretungen hat sich die Frage der europäischen Identität akuter gestellt denn je. Die Debatte führte eine Polarisierung herbei. Beim Referendum gab es eine sehr knappe Mehrheit zugunsten des Vertrags (51 % Ja-Stimmen). *Maastricht* hat zwar eine Art europäisches Bewusstsein geschaffen, doch besteht dieses

hauptsächlich in der Wahrnehmung der Risiken, die die europäische Einigung mit sich bringt. Nach einer Meinungsumfrage hätte eine Abstimmung über den Vertrag ein Jahr später nur noch 44 % Zustimmung erhalten. Bei den anderen europäischen Wahlen blieb eine tiefere europäische Debatte aus. Die Auseinandersetzungen über „hexagonale“ Probleme überwogen, was auch die Vervielfachung der kleinen Listen bei den Europawahlen erklärt. Jede artikuliert ein spezifisches nationales Problem oder besondere, berufsständische Forderungen (20 Listen waren es in den Jahren 1994 und 1999, darunter zum Beispiel eine Liste der Jäger!).

Der Politologe Olivier Duhamel konnte deshalb sagen, dass der „weiche Konsens zugunsten Europas“ einem weichen Konsens über die Schwächen und die Exzesse des europäischen Einigungs- und Erweiterungswerks Platz gemacht hat.⁶

Gegenstand der Kritik ist das demokratische Defizit, das heißt die Entfernung und Unkontrollierbarkeit der Beschlussorgane und infolgedessen die scheinbar unberechtigten Eingriffe der „Brüsseler Technokraten“, die sich erlauben, die Käseherstellung, die Fischerei und die Ringeltaubenjagd in Frankreich zu reglementieren!

Europa ist der Kristallisationspunkt vielfacher sozialpolitischer Unzufriedenheit. Diese ist soziologisch ungleich verteilt. Die Europhilie ist hauptsächlich bei den Eliten bzw. denjenigen Schichten zu finden, die einen hohen Sozialstatus und einen hohen Ausbildungsgrad besitzen.

Eher antieuropäisch eingestellt sind die Landwirte (mehr als 70 %, obwohl sie am meisten von den europäischen Subventionen profitieren), die Arbeiter, die Handwerker, die Händler und die Angestellten. Es gibt keinen Generationenkonflikt über die europäische Frage. Entscheidend ist für die jüngere Generation und für die Leute über 60 Jahre das Ausbildungsniveau. Nur ist dieses im Durchschnitt bei der Jugend höher als bei den älteren Leuten.

Wie immer sich die Meinungen soziologisch verteilen: Je mehr das europäische Einigungswerk fortschreitet, desto mehr scheinen das Verlangen nach Europa und das Engagement für Europa abzunehmen. Diese Europaverdrossenheit ist mit einer allgemeinen Demokratieverdrossenheit in Zusammenhang zu bringen. Die Wahlbeteiligung schrumpft allgemein, wenn man die Präsidentenwahl ausnimmt. Die Krise Europas ist also eingebettet in die Krise der demokratischen Repräsentation und Legitimation.

Man könnte auf Europa die Formel anwenden, die Winston Churchill für die Demokratie gebraucht hat: sie ist die schlechteste aller Regierungsformen mit Ausnahme aller anderen. Die Metapher ist weder originell noch begeistert: Europa ist wie eine alte Partnerschaft oder Ehe, die man nicht brechen will, weil man keine Alternative sieht und weil man denkt, dass sie trotz allem eher Positives in sich birgt und mit sich bringt.

Die Meinungsumfragen bestätigen diese insgesamt positive Einstellung zu Europa. Nach einer Analyse der Robert-Schuman-Stiftung bejahen rund zwei Drittel (65 %) der Franzosen das Einigungswerk, drei Viertel (72 %) sind für das Prinzip einer europäischen Verfassung. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Louis Harris bestätigt, dass die Franzosen an Europa hängen und sogar die Erweiterung bejahen. Ihre Furcht ist nicht so sehr, dass diese Erweiterung die Macht oder die Identität Frankreichs gefährdet, ihre Ängste sind vielmehr hauptsächlich wirtschaftlich-sozialer Natur.

Nach einer Meinungsumfrage von 2001 antwortet nur ein knappes Drittel der Franzosen (29 %) positiv auf die Frage, ob man sich oft als europäischer Staatsbürger empfindet. Ein weiteres Drittel antwortet mit „niemals“. Wenn man sie aber fragt, ob sie ein europäisches Identitätsgefühl besitzen, antworten 64 % der Franzosen mit Ja. Zugleich erklärten sich 64 % als Franzose und Europäer, 8 %

als Europäer und Franzose, nur 4 % als Europäer. Mit anderen Worten: Die Franzosen stellen fest, dass Europa noch kein Staat ist und geben hinsichtlich der Identität ihrem Nationalstaat den Vorzug. Aber durch ihr Bekenntnis zu Europa geben sie zu verstehen, dass sie dem Projekt der europäischen Einigung nicht feindlich gegenüberstehen. Im Jahre 2003 sprachen sich 49 % der gefragten Leute für eine doppelte Zugehörigkeit, eine nationale und europäische, aus (gegenüber einem Durchschnittswert von 44 % in der EU), während 34 % bloß ihre Zugehörigkeit zu der französischen Staatsnation anerkennen wollten, 9 % sich als Europäer und Franzose und nur 6 % als Europäer empfanden.

Der Mangel an Nationalstolz ist kein Grund, sich besonders stark zu Europa zu bekennen: Diejenigen, die sich auf ihre französische Identität nur schwach berufen, sind auch diejenigen, die eine europäische Identität kaum beanspruchen. Sie weisen überhaupt einen schwachen Identifikationsgrad auf.

Der Euro könnte ein wichtiger Träger der europäischen Identität werden. Obwohl man ihm die Schuld an der nicht gerade mäßigen Preiserhöhung zuschiebt, ist er bei den Franzosen beliebt. 2003 waren nur 20 % dagegen, 5 % hatten keine Meinung.

4. Europa als Gegenstand öffentlicher Debatten

Trotz aller Verdrossenheit kann man eine gewisse Europäisierung der öffentlichen Debatten feststellen: Die Frage der Erweiterung hat stets Probleme gestellt und Vorbehalte erzeugt. Im November und Dezember 2003 haben jedoch Abgeordnete und Senatoren fast einstimmig (drei Abgeordnete, darunter Philippe de Villiers, stimmten dagegen) den Vertrag von Athen ratifiziert, der die Aufnahme von zehn ost- und mitteleuropäischen Ländern festgelegt hat.

Aber die Frage der EU-Erweiterung um die Türkei ist Anlass einer lebhaften öffentlichen Debatte, die jedes Lager und jede Partei durchzieht. Die Tageszeitung *Le Monde* hat in ihrer Ausgabe vom 14. Oktober 2004 die Argumente aufgelistet, die für oder gegen den Beitritt der Türkei in die EU vorgebracht werden (es sind dieselben Argumente). Sie kreisen um folgende Problembereiche:

- Geographie: Was sind Europas Grenzen?
- Geschichte: Haben wir mit der Türkei eine gemeinsame Geschichte?
- Demographie: Die Türkei wird das bevölkerungsreichste Land Europas werden, also ein ganz besonderes Gewicht haben.
- Religion: Soll die EU ein „christlicher Klub“ sein? Man verspürt Angst vor dem Islam und seiner Unvereinbarkeit mit der Demokratie.
- Wirtschaft: Trotz ihrer Zollunion mit der EU besitzt die Türkei ein zu schwaches Bruttosozialprodukt.
- Ethik: Die Türkei will den Genozid an den Armeniern nicht anerkennen.
- Menschenrechte: Diese werden in der Türkei noch nicht genug beachtet.
- Politik: Übergewicht des Militärs in der innertürkischen Machtbalance.
- Strategie: Ist die Türkei ein Glacis oder eine potentielle Konfliktzone für Europa?
- Regionalkonflikt: Das Zypernproblem.
- Institutionen: Trotz des von den Europäern zuerkannten Kandidatenstatus der Türkei stellt sich die Frage: Wäre es nicht angebracht, den Integrationsprozess zu stoppen?
- Taktisches Argument: Wenn die Verhandlungen im Gange sind, werden sie zwangsläufig zur Aufnahme der Türkei in die EU führen.
- Europäische Frage: Die Erweiterung um die Türkei er-

schwert die europäische Identitätsfindung und die Rolle Europas als Machtfaktor in der Weltpolitik.

Zurzeit versuchen die Gegner des türkischen Beitritts (nicht zuletzt die UDF von François Bayrou, Teile der Präsidentenmehrheit), der Regierung eine Abstimmungsdebatte im Parlament abzurufen. Die Auseinandersetzungen über die Türkei durchkreuzen und verdunkeln die Kontroverse über die europäische Verfassung. Ein Großteil der Linken und – das ist neu – ein Großteil der Sozialisten unter der Führung des Präsidentschaftskandidaten Laurent Fabius wollen beim Referendum zur europäischen Verfassung mit Nein stimmen. Fabius (der eigentlich, wie Roland Dumas es richtig beurteilt hat, die sozialistische Partei von links erobern möchte, um dann als Präsident der Republik rechts zu regieren) und seine Anhänger beklagen das soziale Defizit in einer allzu liberalen Verfassung, die in ihren Augen die Arbeitslosigkeit in Europa nur fördern wird und zum Abbau der öffentlichen Dienste beitragen wird. Aus denselben sozialwirtschaftlichen Gründen hat sich in der letzten Zeit die linke, der kommunistischen Partei nahestehende Gewerkschaft CGT (Confédération générale du travail) ebenfalls für das Nein entschieden.

Bis Ende des Jahres 2004 glaubte man allerdings noch, dass das Referendum über die europäische Verfassung positiv ausfallen werde. In einem auf Initiative des Ersten Sekretärs der Sozialistischen Partei im Dezember 2004 abgehaltenen Referendum der Partei hat sich eine deutliche Mehrheit (etwa 60 %) der Mitglieder für die Annahme der Europäischen Verfassung ausgesprochen. Nach jüngsten Meinungsumfragen dürfte diese Zahl dem Durchschnitt der gesamten Bevölkerung entsprechen. Aber die Frage der Aufnahme der Türkei und die Ängste, die sie verursacht, werden – wie nicht anders zu erwarten war – von den Gegnern der Verfassung mit Erfolg instrumentalisiert. Diese Frage ist nun das Hauptargument der Gegner der Verfas-

sung. Man musste also befürchten, dass das Lager der Befürworter der Verfassung weiter erodieren werde. Sylvain Allemand hat einen Aufsatz betitelt: „Die Franzosen lieben Europa, außer bei Wahlterminen“. Das Referendum der französischen Bevölkerung vom 29. Mai 2005, in dem der EU-Verfassungsentwurf mehrheitlich abgelehnt wurde, gibt ihm Recht.

Als ein Zeichen der Hoffnung für die Zukunft ist zu bewerten, dass es auch die Souveränisten von rechts und links – wenn man Le Pen ausnimmt – nicht mehr wagen, als ausdrückliche Gegner Europas aufzutreten. Sie plädieren, wie etwa der Kommunist Robert Hue oder Philippe de Villiers, für ein *anderes* Europa.

5. Welche Identität für Europa?

Souveränisten wie Jean-Pierre Chevènement verwenden Argumente, die nicht von vornherein von der Hand zu weisen sind. Sie sind für ein transnationales, jedoch gegen ein supranationales Europa, das die Nationen ihrer Souveränität ganz berauben würde. In ihren Augen bleibt die Staatsnation der einzige mögliche demokratische Raum, der einzige Raum, in dem sich Politik als demokratische Willensbildung artikulieren könne. Sie befürchten außerdem, dass die Sendung der „Grande Nation“, das heißt die Idee einer Republik, die eben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit garantiert, sich im europäischen Ganzen verwässert.

Maastricht, erweitert und vertieft durch *Amsterdam* – insbesondere auf juristischer Ebene –, hat eine europäische Staatsbürgerschaft der Rechte geschaffen. Die europäische Staatsbürgerschaft wird jedem Bürger eines europäischen Staates zugewiesen (*citoyenneté d'attribution*).

Das ist sicherlich ein wichtiger Schritt. Er erlaubt die Entstehung eines Europa der Bürger und der Umsiedler.

Das verstärkt zweifellos die „horizontale Annäherung“, die vertikale wäre das mehr oder weniger unvermittelte Band der Bürger mit der europäischen Institution, zum Beispiel durch die direkte Wahl eines europäischen Präsidenten.

Das wird zweifelsohne den gegenwärtig schon feststellbaren Zustand des Europa der trans- und übernationalen Netzwerke in allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Kultur noch verstärken. Auf der anderen Seite kann dies jedoch die Ursache neuer Schwierigkeiten sein (Umsiedlung von Fabriken, Einwanderung von billigen Arbeitskräften usw.).

Dabei stellt sich nun die Frage, wie man von einer passiven europäischen Staatsbürgerschaft zu einer aktiven, einer Staatsbürgerschaft der Verpflichtung und Verantwortung gelangen und somit die gegenwärtige Labilität bzw. Wechselhaftigkeit der europäischen Identität überwinden kann.

Dazu möchte ich zwei Überlegungen anstellen:

1. Eine kollektive Identität kann aus Unterdrückung, Zwang und Zucht entstehen. Schließlich sind die modernen Nationen auf diese Weise entstanden, wenngleich sie sich auch wirtschaftlichen Notwendigkeiten verdanken. Man denke etwa an die Art und Weise, wie die Territorialstaaten sich zu Nationen entwickelt haben. Aber auch eine äußere Herausforderung vermag das Kollektiv zusammenzuschweißen. Identität entsteht, wenn man sich anders fühlt als der andere; sie markiert also den Unterschied zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Jede Zivilisation hat ihre Barbaren (das griechische *barbaros* heißt soviel wie Nichtgriechen, Ausländer, Fremder). Das gemeinsame Interesse wird von nun an dem Interesse des anderen entgegengesetzt. Carl Schmitt sieht in der Unterscheidung zwischen Freund und Feind das Wesen des Politischen, das heißt, er führt die Bildung von politischen Gruppierungen

darauf zurück. Toynbee spricht seinerseits von „challenge“ und „response“; die soziopolitischen Gruppen, vor allem die Kulturen, entstehen als Antwort auf eine Herausforderung. Die Frage ist also berechtigt: Welches „challenge“ kann die europäische Identität zusammenschweißen?

Europa ist entstanden, als die Staatsnationen gespürt haben, dass sie den Herausforderungen der modernen Welt allein nicht mehr gewachsen waren. Welche Herausforderung aber kann jetzt die europäische Identität festigen? Vielleicht ist mit dem Weltterrorismus und dem Irak-Krieg ein neuer Faktor eingetreten; vielleicht stehen wir tatsächlich vor einer historischen Wende. Der Irak-Krieg und seine Folgen zeigen, dass ein Europa, das im Schlepptau der Vereinigten Staaten bleiben würde, wahrscheinlich der islamistischen Gefahr noch stärker ausgesetzt wäre als ein stärker geeintes unabhängiges Europa, das eine Lösung der Konflikte auf dem Weg multilateraler Verhandlungen und auf der rechtlichen Basis der UNO herbeiführen könnte. Auch wenn die europäische Identität nicht aus der Gegnerschaft gegen die USA (das ist die Meinung des englischen Premiers, Tony Blair) entstehen kann und soll, so kann und soll sie doch nicht auf ein Mitläufertum mit Amerika reduziert werden. Wichtig ist auf jeden Fall eine klare Positionierung gegenüber Amerika. Die jetzige Wiederannäherung zwischen Amerika und Europa zeigt, dass die fast in der ganzen Welt zu Recht oder zu Unrecht unbeliebten Amerikaner die mögliche Rolle der Europäer besser verstehen und ihre Hilfe nicht mehr verachten. Der islamische Fundamentalismus sowie die Globalisierung der Wirtschaft und die ökologische Gefahr stellen die Frage nach dem Aufbau einer europäischen Macht, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, diplomatisch und militärisch handeln kann.

Die ältere und jüngere Vergangenheit Frankreichs als Weltmacht befähigt das Land vielleicht noch mehr als an-

dere (in diesem Fall kann man von Großbritannien absehen), diese europäische Macht zu fordern und zu fördern. Innenpolitisch hat in Frankreich die Einsicht in das Abnehmen der eigenen Macht und des eigenen Einflusses in beträchtlichem Maße zur Akzeptanz des Subsidiaritätsprinzips in Europa beigetragen.⁷ Außenpolitisch müsste ein Konsens gefunden werden, wie er sich im soliden Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich abzeichnet. Der Eurogaullismus Chiracs und der affichierte, erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion möglich gewordene Pazifismus Schröders und Fischers konvergieren auf eine paradoxe Weise zur Ausbildung eines amerikakritischen Multilateralismus. Dieser läuft darauf hinaus, ein „Europe puissance“, das heißt eine europäische Macht aufzubauen, die Frankreich lieber auf dem Weg von bilateralen Verständigungen und Bündnissen, das heißt durch ein je nach den Partnern differenziertes Tempo („Europe à plusieurs vitesses“) erreichen möchte.

2. Die äußere Herausforderung kann ein Katalysator sein, doch kann sie selbstverständlich nicht die Substanz einer kollektiven Identität darstellen. Auch das Bekenntnis zu einer Tradition, zu einem gemeinsamen Kulturerbe genügt wohl nicht, um ein europäisches Bewusstsein, eine neue gewollte und bejahte europäische Staatsbürgerschaft zu schaffen. Diese bedarf auch eines Projekts, wie es Ernest Renan ausdrückte, das heißt des Willens zum Zusammenleben in der Zukunft. Die europäischen Staatsnationen könnten sich als eine Gemeinschaft auffassen, der die Realisierung bestimmter Werte aufgegeben ist. Politisch gesehen ist dies eine auf die Menschenrechte gestützte Demokratie; sozio-ökonomisch betrachtet ist es die Soziale Marktwirtschaft, die dem „wildem“ Liberalismus entgegenwirkt; kulturell bedeutet dies die Rettung der kulturellen Vielfalt (zum Beispiel der europäischen Sprachen) vor der uniformisierenden Kulturindustrie und deren Unter-

werfung unter wirtschaftliche Imperative; ökologisch bedeutet dies die Wahrung der durch Überbevölkerung und Industrie bedrohten Natur; international heißt dies die Regelung der Konflikte auf dem Weg der Verhandlungen im Rahmen eines etablierten Völkerrechts. Deshalb braucht Europa eine gemeinsame Außenpolitik, das heißt eine gemeinsame Diplomatie und eine gemeinsame unabhängige und wirksame Armee, die sie unterstützt.⁸ Die europäische Identität soll keine *Ersatzidentität*, sondern eine *Zusatzidentität* sein. Die verschiedenen Identitäten bzw. Identifikationen sind übereinander gestülpt: individuelle, familiäre, regionale, nationale. Es gilt nun, ein europäisches Gefühl der Zugehörigkeit, der Schicksalsgemeinschaft zu wecken.

Die Erweiterung ist nicht nur ein quantitativer Prozess, sie zieht auch qualitative Änderungen nach sich. Sie ist eine Herausforderung an sich. Macht sie den Traum der Gründungsväter von einem föderativen, integrierten Europa zunichte? Mit 25 bzw. 30 Mitgliedern wird die Erfüllung dieser Idee zumindest schwieriger und langwieriger sein. Soll man also mit einer transnationalen Konföderation vorlieb nehmen, mit einem Europa der Vaterländer, das ein Minimum an Integration verlangt, d. h. den Mitgliedstaaten den größten Teil ihrer Souveränitätsrechte belässt? Dieses Europa wäre wahrscheinlich nichts anderes als ein größerer gemeinsamer Markt und besäße keine wirkliche Identität. Vielleicht ist ein drittes Modell möglich: ein postnationales Europa, das man nach dem Prinzip – das eigentlich an das Subsidiaritätsprinzip erinnert – aufbauen könnte: so viel Souveränität wie möglich, so viel Souveränitätsabtretungen wie nötig. Sozialphilosophen wie Jürgen Habermas⁹ in Deutschland und Jean-Marc Ferry¹⁰ in Frankreich glauben, dass die Zeit gekommen ist, *demos* und *ethnos* zu dissoziieren. Bloß die politische Gemeinschaft, gestützt auf eine gemeinsame Verfassung, soll verpflichtendes Gemeingut

sein.¹¹ Man müsste zunächst auf diesen europäischen Verfassungspatriotismus setzen, der in zentralen Institutionen, welche – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der nationalen Identitäten, des kulturellen Pluralismus, der Mehrsprachigkeit – in ihrem jeweiligen Bereich über eine volle Entscheidungsmacht (Diplomatie, Verteidigung, Zentralbank usw.) verfügen würden, seine Stützen erhielte.

Es handelt sich hierbei eigentlich um verschiedene Grade der Integration, die historisch vielleicht nacheinander verwirklicht werden können. Kann man oder soll man über den an sich vielleicht ungenügenden Verfassungspatriotismus hinausgehen? Dazu bedarf es einer Utopie sowie großer Hartnäckigkeit und Ausdauer. Es bedarf – konkreter gesprochen – dazu auch einer europäischen Öffentlichkeit, die es bis jetzt nur in Ansätzen gibt und die daher jeder von uns mit seinen Mitteln zu fördern hat: Ich meine die Schaffung eines Ortes freier Debatten über gemeinsame Geschichte (was ein gemeinsames kritisches Geschichtsbewusstsein bzw. Gedächtnis zur Voraussetzung hat) und über eine gemeinsame Zukunft, wodurch sich ein europäischer Konsens als Grundlage der europäischen Legitimität bilden und eine verstärkte Partizipation und Legitimation (der Repräsentation) verwirklichen ließen. Unsere Politiker haben diesbezüglich eine sehr große Verantwortung. Sie handeln und verhandeln noch immer allzu sehr im nationalen Rahmen, statt – Schritt für Schritt – der Öffentlichkeit zu erklären, wie sich ihre Reformen und Maßnahmen im europäischen Kontext ausnehmen und wie sie zu rechtfertigen sind. Aber es ist sicherlich so, dass die in immer kürzeren Abständen stattfindenden Zusammenkünfte und Beratungen der europäischen Regierungschefs, über die die Medien umfassend informieren, die Bildung eines europäischen Bewusstseins fördern.

Die Geschichte wird zeigen, ob uns eine europäische Identitätsstiftung gelingt. Sie kann nicht künstlich in ei-

nem Zug durch eine einfache, juristische Institutionalisierung geschaffen werden. Vielmehr kann sich die europäische Identität nur als Folge einer Politik der kleinen Schritte ergeben. Wir können daher hoffen, dass das zusammenwächst, was zusammengehört. Aber die Geschichte hängt von uns ab.

Anmerkungen

¹ Zit. nach Anne DULPHY/Christine MANIGAND, *Les opinions publiques face à l'Europe communautaire. Entre culture nationale et horizon communautaire*, Brüssel 2004, S. 9.

² Vgl. Europäische Union – Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht, bearbeitet und eingeleitet von Thomas LÄUFER, Bonn 1992.

³ Der kulturelle Differentialismus im Sinne von Samuel P. HUNTINGTON, *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Welt im 21. Jahrhundert*, München 1996, unterstellt anhaltende Differenzen, die als Ursache von Rivalitäten und Konflikten betrachtet werden.

⁴ Vgl. Hartmut KAEUBLE, *Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäische Union*, Stuttgart 2001; DERS., *Europäer über Europa. Die Entstehung des modernen europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2001.

⁵ Vgl. Richard KALERGI-COUDENHOVE, *Die europäische Nation*, Stuttgart 1953.

⁶ DULPHY/MANIGAND (wie Anm. 1), S. 23.

⁷ Subsidiarität bedeutet nicht nur, dass Herrschaftsanteile von unten nach oben transferiert werden; vielmehr sollen gemäß diesem Prinzip Macht und Zuständigkeiten von oben nach unten transferiert werden. Was auf lokaler oder regionaler Ebene geleistet werden kann, soll auch auf dieser Ebene verbleiben. Daher streben die verschiedenen französischen Regierungen eine „Regionalisierung“, das heißt eine teilweise Rücknahme des Zentralismus an.

⁸ Charles de Gaulle formulierte einmal: „Eine Außenpolitik braucht eine Diplomatie, die sie ausdrückt, eine Polizei, die sie schützt, eine Armee, die sie unterstützt.“

⁹ Vgl. Jürgen HABERMAS, *Staatsbürgerschaft und nationale Identität*, in: DERS., *Faktizität und Geltung*, Frankfurt a. M. 1992; ferner

das Interview von Habermas mit dem polnischen Publizist Adam Krzeminski, „Europa ist heute in einem miserablen Zustand“, in: „Die Welt“ vom 4.5.2005.

¹⁰ Vgl. Jean-Marc FERRY, *La question de L'État européen*, Paris 2000.

¹¹ In Deutschland brachte der Politologe Dolf STERNBERGER in den 1970er Jahren den Verfassungspatriotismus in die Diskussion; vgl. seine Schrift *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt a. M. 1990.